Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister- ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parree. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 17 | Dienstag, den 17. Januar | Jahrgang 1928

Ein Parteitag tut not!

Imbuschs Attacke gegen Marx.

Die Rede, die der Reichstagsabgeordnete Imbusch am Sonntag in Oberhausen gehalten hat, war von außerordentlicher Schärfe. Ihre Spitze richtete sich vornehmlich gegen Reichskanzler Dr. Marx, dessen damit in immerhin nicht gerade alltäglicher Weise an seinem 65. Geburtstag gedacht wurde. Im Wortlaut liegt uns die Rede leider nicht vor, um uns aber nicht dem Vorwurf auszusetzen, als wollten wir etwas vertuschen, geben wir zur Ergänzung unseres gestrigen Berichts nachstehend den Bericht des W. T. B. wieder.

Danach wandte sich Imbusch mit beachtenswertem Freimut gegen die verschiedenen Mißstände innerhalb der Partei und nahm er vor allen Dingen Stellung gegen das Verhalten des Reichskanzlers Marx, dessen Beseitigung von der Führung der Partei er als wünschenswert durchblicken ließ. Nachdem Imbusch betont hatte, die Zentrumspartei solle und wolle eine Volkspartei sein, stellte er fest, daß heute in der Partei und in den Fraktionen Kreise vertreten seien, die nicht mehr zur Partei gehören und die nicht mehr hinter dem Programm des Zentrums ständen. Nach der Revolution könne man auch als Zentrumsmann einen Posten erhalten. Deshalb seien höhere Beamte, Akademiker usw. trotz innern Fernstehens zur Zentrumspartei gekommen. Auch aus dem Kreise der Wirtschaft sei mancher zum Zentrum gekommen, der an und für sich wenig oder gar nichts mit ihm zu tun hätte. Den Arbeitern fehle der ihnen gebührende Einfluß. Die einflußreichsten Posten besetzten die andern, aber die opferfreudige Kleinarbeit müßten die Arbeiter besorgen. In den Zentrumsfraktionen seien zu viel Beamte vertreten. So bestehe die preußische Landtagsfraktion zur Hälfte aus Beamten. Bei anderen Fraktionen sei das allerdings nicht viel anders. Die Beamtentätigkeit würde gegenüber der andern Arbeit sehr überschätzt. Der Beamte solle dem Volke dienen, er solle aber nicht das Land beherrschen. Auf die Besoldungsordnung eingehend, erklärte Imbusch, daß man bei ihr maßlose Dummheiten begangen habe. Schon die Art der Einbringung sei falsch gewesen. Man habe die Vorlage ohne Einverständnis der Zentrumsfraktion eingebracht. Durch große Ankündigungen habe man große Hoffnungen geweckt, dadurch eine Teuerung provoziert und habe dazu noch mit falschen Vergleichen zwischen den Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen operiert. War es notwendig, fragte Imbusch, daß die Minister 6000 M, der Reichskanzler 9000 M, die Oberpräsidenten 50 v. H. mehr erhalten, in einer Zeit, in der viele nicht satt zu essen erhalten? Kennzeichnend für die Lage im Zentrum sei, daß gewisse Kreise in ihm für eine bessere Vertretung des Adels in der Partei einträten.

Imbusch wandte sich dann dem in diesen Tagen durch die Veröffentlichung der kath. „Hessischen Schulzeitung" bekanntgewordenen Brief des Reichskanzlers Marx zu. Ironisch meinte Imbusch, der Reichskanzler drücke sich vornehm aus, wenn er „Arbeitersekretär" sage. Er (Imbusch) sei nur gegen das Berufsbeamtentum gewesen. Wenn wirkliche Beleidigungen vorgekommen seien, so dann nur durch Beamte untereinander. Die Arbeiter müßten aber aus dem ganzen Streit lernen, daß es nicht nur auf Köpfe im Parlament ankomme, sondern auch auf die Zahl. In der letzten Zeit habe er, erklärte Imbusch, zahlreiche Briefe erhalten mit der Aufforderung, endlich die erforderlichen Schritte zu tun, um eine neue Arbeiterpartei zu gründen. Der begeisterten Zustimmung könne er gewiß sein. Das sei aber nicht der rechte Weg. Parteien gebe es genug, und das Programm des Zentrums sein gut und ideal, aber dieses Programm müsse auch eingehalten werden. Die Fraktionen in den Parlamenten entsprächen nicht mehr diesem Programm. Aendern wir das durch unser Gewicht und unsere Zahl! Sorgen wir dafür, daß die Partei dem richtigen Zentrumsgeist wieder zugeführt wird!

Wörtlich führte Imbusch sodann aus: In weiten Kreisen hält man manchen unserer Führer nicht mehr für das, für das man ihn vor drei Jahren gehalten hat, und damit hat man recht. Marx ist nicht mehr das, was er vor drei Jahren war. Der bekannte Brief verrät keinen Zentrumsgeist, keine Loyalität. Das hätte dem gleichen Mann vor fünf Jahren noch nicht passieren können. Da ist innerlich etwas anders geworden. Der Weg vom Kandidaten des Volksblocks bis zum Kanzler der Rechtsregierung ist weit. Die Aeußerung, die Zentrumspartei sei keine republikanische Partei, läßt tief blicken. Auch daß man ohne Anhörung der Fraktion Vorlagen einbringe, die die gewaltige Erhöhung der eigenen Gehälter zum Ziele habe, während man die Erhöhung der Renten- und Invalidenbezüge als unmöglich hinstelle, sei bezeichnend. So sei manches faul in der Partei. Ihm und seinen Kollegen sei es ehrlich um Abhilfe zu tun. Man brauche eine christliche Partei, wie das Zentrum, wenn nicht anders müsse man hier und da einen Schritt unternehmen gegen gewisse Vertreter und Führer in der Partei, und man müsse sie solange wegschicken, bis bei ihnen die Besinnung wieder zurückgekehrt sei. Von einer Wahlreform verspricht sich Imbusch nichts, wenn man auch einige kleinere Aenderungen wünsche.

Zum Schluß wandte sich Imbusch gegen die Ausführungen des Industriellen Reusch vor der Handelskammer in Duisburg-Ruhrort und betonte, bei den Zahlen, die Reusch zum angeblichen Beweis für die Entwicklung der Löhne nach dem Kriege und zum Vergleich mit den Löhnen der französischen Arbeiter angeführt habe, daß der Nominallohn nicht ausschlaggebend sei, daß es vielmehr auf die Kaufkraft der Löhne ankomme. Es stehe fest, daß diese Kaufkraft in Deutschland noch 8 v. H. unter der vor dem Kriege liege. Im übrigen dürfe man auch dabei die Frage nicht vergessen: Was wird heute gegen früher für den gezahlten Lohn gefordert? Den Vorwurf, er treibe zum Klassenkampf, weise er zurück, und was das mangelnde Christentum anbelange, so mute ein solcher Vorwurf aus dem Munde eines Unternehmers vom Schlage eines Reusch, der sich wohl bei seinem Freunde Peter Klöckner Rat geholt habe, etwas sonderbar an. Solcher Geist mache sich aber auch in der Zentrumspresse breit, und diesen Geist gelte es zu bekämpfen, und sei es mit den Mitteln der Aufstellung eigener Kandidaten gegen die offiziellen Kandidaten der Zentrumspartei. Die Arbeiterschaft werde tun, was erforderlich sei, ihren Willen kundzutun und die Partei wieder zurückzuführen auf ihren alten Weg und ihr altes Programm.

Es hat wenig Zweck, auf die Ausführungen Imbuschs im einzelnen einzugehen. Die Rede zeugt von der großen Mißstimmung, die einen Teil der Wählerschaft beherrscht. Wenn Imbusch schon den Gedanken offen vorträgt, daß die christliche Arbeiterschaft gegebenenfalls eigene Kandidaten aufstellen müsse — was natürlich einer Spaltung der Zentrumspartei gleichkommen würde —, so besagt das neben den Stichen, die er dem Vorsitzenden der Partei Dr. Marx und dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler versetzt, mehr als genug. Von Einigkeit in der Partei kann keine Rede mehr sein. Sie gerät vor die Hunde, wenn nicht alsbald das geschieht, was schon längst hätte geschehen müssen: Es ist unbedingt notwendig, daß in absehbarer Zeit ein Parteitag stattfindet.

Seit dem Kasseler Parteitag sind mehr als zwei Jahre verflossen. Damals handelte es sich sozusagen ausschließlich um den Fall Wirth. Zeitweilig hat man geglaubt, daß dieser Fall als erledigt gelten könne. Aber nur zu bald mußte man feststellen, daß das eine irrige Auffassung sei. Als Mitglied der Fraktion, der der Reichskanzler angehört und die auch noch zwei weitere Minister gestellt hat, beteiligt sich Dr. Wirth an dem Treiben der Opposition, tritt er für jedes Mißtrauensvotum ein, das diese einbringt, um Marx und seine Regierung zu stürzen. In einer grundsätzlichen Frage, in dem Kampf des Zentrums für die konfessionelle Schule, nimmt er eine zum mindesten sehr zweifelhafte Haltung ein. Will man das noch hinnehmen, so ist es unerträglich, daß der Zentrumsabgeordnete Adam Roeder offen in Zeitungsartikeln die Zimmtanstalt fordert. Zwar hat der Reichsparteivorstand in der Sitzung, die am 7. Sept v. J. in Dortmund stattfand, ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß für den, der gegen die konfessionelle Schule auftrete, in der Zentrumspartei kein Platz sei. Aber nichts geschieht, um dieser durchaus richtigen Meinung praktische Folgen zu geben. Adam Roeder läßt sich zwar im Reichstag nicht sehen, aber der Zentrumsfraktion gehört er nach wie vor an. Die Besoldungsvorlage hat die Fraktion zu verschiedener Stellungnahme veranlaßt. Das Gesetz, das von einem Zentrumsminister eingebracht wurde, fand nicht die Zustimmung aller Zentrumsabgeordneter. Daß Dr. Köhler die Sache ganz falsch angefaßt hat, kann auch der nicht bestreiten, der wie wir den Beamten durchaus gönnt, was sie erhalten haben. Imbusch hat damals in Gelsenkirchen schon eine scharfe Rede gehalten, in Oberhausen ist er noch weiter gegangen. Der unglückliche Brief des Kanzlers an den Katholischen Lehrerverband gab ihm den vielleicht willkommenen Anlaß, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Starke Mißstimmung herrscht in der Partei über die nicht korrekte Beachtung der Richtlinien durch die Deutschnationalen. Unbegreiflich findet man es, daß die Zentrumsfraktion eine Wahlrechtsinterpellation einbringt und mit ihrer Nichtbeantwortung sich zu frieden gibt. Oder hat sie die Interpellation zurückgezogen? Und so gibt es noch mancherlei, was Mißstimmung in der Partei wachhält. Sie kann nur in offener Aussprache beseitigt werden. Die Rede Imbuschs beleuchtet ganz klar die Situation. Die Parteileitung möge davor nicht die Augen schließen, sondern zunächst den Reichsparteivorstand einberufen, damit dieser über die Festsetzung eines Termins für den schon lange fälligen und nicht mehr länger aufschiebbaren Parteitag Beschluß fasse.

*

Zentrumsstimmen.

Zur Rede Imbusch's schreibt die „Kölnische Volkszeitung": „Wir haben den Standpunkt Stegerwalds praktisch nicht für richtig und zweckmäßig halten können, aber an der Sachlichkeit seiner Gründe sollte man nirgends zweifeln. Wir haben dann auch immer die Festigkeit mancher Gegenäußerungen bedauert, aber zuversichtlich erwartet, daß die gegenseitige Erregung, die durch die Besoldungsreform und wohl mehr noch durch ihre Begleitumstände in der Arbeiter- und der Beamtenschaft sich gezeigt hat, allmählich einer ruhigeren Ueberlegung und dem Willen zur Verständigung weichen wird. Leider wird diese Verständigung durch überspitzte und persönliche Wendungen, wie sie sich in der Rede Imbuschs finden, nicht gefördert. Gerade, wer wünscht, daß man die Haltung Stegerwalds und der anderen Gewerkschaftsführer sachlich beurteile, muß um so mehr erwarten, daß beiderseits die gleiche Sachlichkeit gewahrt wird — eine Sachlichkeit, die man auch dem Parteigegner, um so mehr aber dem Parteifreund, schuldet!

Der „Badische Beobachter", das Hauptorgan der badischen Zentrumspartei, bemerkt u. a.: „Herr Imbusch dürfte besonders im Süden mit derartigen Sondertouren, für die uns jegliches Verständnis abgeht, so ziemlich allein bleiben, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie einen ganz neuen Geist fordern, der bisher im Zentrum nicht Sitte war". Auf die Einzelheiten der Imbusch-Rede eingehend, erklärt der „Badische Beobachter" zu der Bemerkung, den Arbeitern fehle im Zentrum der ihnen gebührende Einfluß, ein Blick in die Personalkartei der Zentrumsfraktion zeige jedem, daß eine ganze Anzahl von Gewerkschaftsbeamten Mandate innehätten und diese in tatkräftiger Weise verwaltet hätten. Was den Seitenhieb auf die stellensüchtigen Beamten und Akademiker betreffe, dürfte es auch Herrn Imbusch nicht unbekannt sein, daß gerade auch in den letzten Jahren Gewerkschaftsbeamte in leitende Stellen eingerückt und damit der vielgelästerten oberen Beamtenschaft inkorporiert worden seien. Es gehe keineswegs an, etwas zu schmähen, was man unter Umständen auch für seine Person annehme und beanspruche. Das Blatt sagt schließlich, es sei ein Verdienst von Dr. Marx, daß die Verantwortung der Deutschnationalen an der Regie ung ihre Wirkungen bereits zeige.

*

Was die andern sagen.

× Berlin, 16. Jan. (Drahtber. unserer Berliner Redaktion.) Die Oberhausener Rede des Abg. Imbusch wird von der Berliner Presse reichlich hämisch kommentiert. So spricht der „Vorwärts" von „Rebellion der Zentrumsarbeiter". Das demokratische „Berliner Tageblatt" glaubt bereits weiterblicken zu können: „Der Vorstoß Imbusch' erinnert zur rechten Zeit daran, daß die Wahlen bevorstehen und daß es für das Zentrum unerläßlich ist, sich um die Stimmung seiner Arbeiterwähler zu bekümmern. Die taktische Einigung mit der Bayrischen Volkspartei mag parlamentarisch noch so nützlich sein, sie würde zu teuer bezahlt sein, wenn sie die Massen der unzweifelhaft republikanisch gesinnten christlichen Bergarbeiter in andere Parteilager triebe."

Das spitzfindige Augurenlächeln der „Täglichen Rundschau" wird bei folgenden Sätzen sichtbar: „Die Ausführungen Imbusch's sind deutlich genug. Der Gewerkschaftsflügel im Zentrum will nicht mehr und nicht weniger, als den Parteivorsitzenden Marx in die Wüste schicken. Die Spannung im Zentrum ist offenbar nicht mehr weit von dem Konfliktpunkt entfernt."

Die konservative „Kreuzzeitung" schreibt: „Die Gewerkschaftsführer scheinen sich unter dem Einfluß von Dr. Wirth jetzt gegen den rechten Flügel und die Mitte des Zentrums mit aller Energie zur Wehr setzen zu wollen. Die Rede Imbusch's ist nicht dazu angetan, der Geschlossenheit des Zentrums für den Wahlkampf zu dienen. Die Hinneigung des Christlichen Gewerkschaftsflügels zur Sozialdemokratie kommt immer mehr zum Ausdruck; es straft sich jetzt, daß das Zentrum nicht schon seit Jahren einen klaren Grenzstein gegen die Sozialdemokratie gezogen hat. Die Geister, die man rief, wird man jetzt nicht mehr los."

Die „Deutsche Zeitung" stellt folgende tiefsinnigen Betrachtungen an: „Jedenfalls sind die Angriffe, die hier ein führender Zentrumspolitiker gegen die Führung der Zentrumspartei richtete, so ungewöhnlich scharf, daß sie zweifellos Weiterungen haben werden. Wird hier doch einem Teil des Zentrums und zwar gerade dem Teil, der sich in maßgebenden Stellen befindet, aus dem eigenen Lager der Vorwurf gemacht, daß sie sich nur aus Futterkrippenrücksichten heraus der Partei zugewandt haben, ein Vorwand freilich der insofern recht humoristisch wirkt, als er von Herrn Imbusch nur erhoben wird, weil die Futterkrippe angeblich lediglich „den anderen" offensteht und nicht in noch weiterem Umfang als bisher den Gewerkschaftlichen um Herrn Imbusch. Ueber diesen Humor der Angelegenheit aber erhebt sich der Ernst der Tatsache der Futterkrippenwirtschaft: ist es doch schon so weit gekommen, daß beispielsweise Jurastudierende ihr Studium wechseln, da ja für Nichtmitglieder des Zentrums und Deutsche, die nicht Mitglieder werden wollen, doch keine Aussicht mehr besteht, juristische Karriere zu machen."

Wenn man auch über den Unsinn dieses Organs ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen kann, so sollten doch alle der Zentrumspartei angehörenden Persönlichkeiten aus den Stimmen der gegnerischen Presse ersehen, wie die Vorgänge aufgefaßt werden.

Der Beginn der Länderkonferenz.

Die Eröffnungsrede des Reichskanzlers.

V Berlin, 16. Januar.

Um 10,15 Uhr eröffnete der Reichskanzler Dr. Marx im Kongreßsaal der Reichskanzlei die Länderkonferenz, an der sämtliche Reichsminister mit ihren Staatssekretären — Außenminister Dr. Stresemann war durch seine Krankheit an der Teilnahme verhindert —, Reichssparkommissar, Staatsminister a. D. Dr. Saemisch, Staatssekretär Dr. Meißner, der Münchener Gesandte Dr. Haniel von Haimhausen und die Ländervertreter teilnehmen. Die Länder sind wie folgt vertreten:

Preußen: Ministerpräsident Dr. Braun, Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, Minister des Innern Grzesinski, Staatssekretär Dr. Weismann, Staatssekretär Dr. Abegg, Ministerialdirektor Dr. Robis, Ministerialdirektor Brecht, Ministerialdirektor Dr. Badt.

Bayern: Ministerpräsident Dr. Held, Staatsminister der Justiz Gürtner, Staatsminister des Innern Stützel, Staatsminister der Finanzen Dr. Schmelzle, Gesandter Dr. v. Preger.

Sachsen: Ministerpräsident Heldt, Staatsminister des Innern Dr. Apelt, Staatsminister der Finanzen Weber, Gesandter Reichsminister a. D. Dr. Gradnauer, Ministerialdirektor Dr. Pötzsch-Heffter.

Württemberg: Staatspräsident Dr. Bazille, Minister des Innern Bolz, Finanzminister Dr. Dehlinger, Gesandter Staatsrat Dr. Bosler.

Baden: Staatspräsident Dr. Remmele, Minister der Finanzen Dr. Schmitt, Gesandter Honold, Ministerialdirektor Kempff.

Thüringen: Vorsitzender des Staatsministeriums Staatsminister Dr. Leutheußer, Staatsminister Dr. Paulssen, Staatsminister Tölle, Minister Dr. Münzel.

Hessen: Staatspräsident Ulrich, Finanzminister Henrich, Minister des Innern Kirnberger, Ministerialrat Dr. Edward, Ministerialrat Bornemann.

Hamburg: Bürgermeister Dr. Petersen, Senator Cohn, Senator Schönfelder, Gesandter Senator Dr. Strandes, Staatsrat Lippmann, Senatsrat Zinn.

Mecklenburg-Schwerin: Ministerpräsident Schröder, Staatsminister Asch, Gesandter Dr. Tischbein.

Oldenburg: Ministerpräsident v. Finckh, Minister des Innern Dr. Driver, Minister der Finanzen Dr. Willers, Gesandter Ahlhorn.

Braunschweig: Vorsitzender des Staatsministeriums Minister Dr. Jasper, Gesandter Boden.

Anhalt: Ministerpräsident Deist, Staatssekretär Dr. Weber, Staatsminister Müller.

Bremen: Bürgermeister Dr. Donandt, Gesandter Dr. Nebelthau.

Lippe: Vorsitzender des Landespräsidiums Präsident Drake, Oberregierungsrat Heise.

Lübeck: Bürgermeister Löwigt, Senator Dr. Kalkbrenner, Gesandter Dr. Meyer-Lürssen.

Mecklenburg-Strelitz: Staatsminister Dr. Hustädt, Staatsminister Schwabe.

Waldeck: Landesdirektor Präsident Dr. Schmieding.

Schaumburg-Lippe: Vorsitzender der Landesregierung Staatsrat Lorenz, Staatsrat Bretthauer, Oberregierungsrat Dr. Meyer, Regierungsrat Naujos.

Reichskanzler Dr. Marx

hieß in seiner Begrüßungsansprache die Herren willkommen, wies auf die historische Bedeutung des Versammlungssaales hin, in dem 1878 der Berliner Kongreß und im November 1918 die bedeutsame Aussprache mit den Vertretern der einzelnen Freistaaten unter dem Vorsitz des damaligen Volksbeauftragten und späteren Reichspräsidenten Ebert stattfand. Er skizzierte dann kurz die Aufgaben der Länderkonferenz, wobei er u. a. ausführte:

Ich möchte von meinem Standpunkte aus einige grundsätzliche Gedanken hier zum Ausdruck bringen: Einmal möchte ich aus voller Ueberzeugung noch den Gedanken wiederholen, den ich in München bei meinem letzten Besuch im bayrischen Landtag ausgesprochen und den ich dann am folgenden Tage hier in der großen Versammlung der Presse wiederholt habe. Es ist der Gedanke, daß die Verständigungen, die — ob wir wollen oder nicht — nach der Entwicklung der Dinge notwendigerweise in der inneren Gestaltung unseres Reiches vorzunehmen sind, alle auf dem Wege loyaler Verständigung und friedlicher Zusammenarbeit allein zu regeln sind. Neben den Ländern, die absolut lebensfähig sind, gibt es andere, von denen wir ganz offen zugestehen müssen, daß sie eben im Laufe der Dinge doch in eine Lage ge-

Schwere Hochofenexplosion.

Sieben Tote.

Völklingen, 16. Jan. Heute früh gegen fünf Uhr entstand auf der Völklinger Hütte eine schwere Hochofenexplosion. Die glühende Masse des explodierten Hochofens ergossen sich im Umkreise mehrere Meter weit, wodurch eine Anzahl Arbeiter schwer verletzt wurde. Bis acht Uhr waren zwei bis zur Unkenntlichkeit verbrannte Hochofenarbeiter geborgen. Die Zahl der Verletzten wurde um die genannte Zeit mit 15 oder 16 angegeben. Die Arbeiten am Ort gestalten sich sehr schwierig, da die glühenden Schuttmassen ständig nachrutschen.

+ Saarbrücken, 16. Jan. Von dem Unglück auf der Völklinger Hütte sind insgesamt 17 Personen betroffen worden, von denen zwei auf der Stelle tot waren, während fünf weitere inzwischen ebenfalls ihren Verletzungen erlegen sind. Die Ursache des Unglücks ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Kohlenstaubexplosion zurückzuführen. Die Ausbesserung des Hochofens dürfte voraussichtlich bis Ende dieses Monats dauern. Durch die Explosion wurden verschiedene Rohrleitungen zerstört, wodurch die Hochofenanlage, das Stahlwerk und das Walzwerk zeitweilig völlig außer Betrieb gesetzt wurden. Doch werden Stahlwerk und Walzwerk von morgen früh an die Arbeit wieder aufnehmen.

kommen sind, die es ihnen wünschenswert erscheinen läßt, andere Wege einzuschlagen, um die weitere Entwicklung ihrer inneren Gestaltung günstig zu beeinflussen. Hier sind wir einig, daß auf dem Wege der Verwaltungsreform vorgegangen werden muß, daß Wege überlegt werden, und, wenn sie als richtig erkannt sind, auch schleunigst begangen werden müssen, die geeignet sind, die bestehenden Mißstände, verschiedene Uebereinrichtungen in der ganzen Verwaltung zu beseitigen, und bessere Einrichtungen an ihre Stelle treten zu lassen. Ich will nur darauf hinweisen, daß es höchste Zeit ist, daß die über Erstaunen zahlreichen Exklaven und Enklaven in den verschiedenen Ländern doch endlich beseitigt werden müssen, daß eben manches auf dem Wege der Verwaltung billiger zu gestalten ist und daß manche Kosten erspart werden können, wenn die Verwaltungen einfacher und sachgemäßer eingerichtet werden. Die Reichsregierung hat in den letzten Wochen zahlreiche Beratungen darüber angestellt, wie diese Zusammenkunft möglichst fruchtbar, möglichst segensreich zu gestalten sei. Wir hoffen, daß praktische Resultate aus unseren Besprechungen herauskommen, die für die ganze Zukunft unseres Vaterlandes von Bedeutung sind. Jedenfalls wird — und das hoffe ich zuversichtlich — unsere Besprechung dazu führen, daß wir uns immer und immer wieder in dem Gedanken zusammenfinden, daß das Notwendigste für unsere Nation und für unser Volk die Einheit des Reiches und die möglichst einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte der Nation ist und darstellt. Diesem Gesamt- und allgemeinen Ziele sollen unsere Besprechungen in erster Linie dienen.

*

Petersens Vorschlag.

:: **Berlin, 16. Januar.**

Das erste Referat auf der Länderkonferenz hielt der Präsident des Senats der Freien Reichs- und Hansastadt Hamburg, Bürgermeister Petersen. Er sprach etwa zwei Stunden lang. Das Referat gipfelte in dem Vorschlag, einen Sachverständigen-Ausschuß einzusetzen, der die bisher vorliegenden Entwürfe für die Umgestaltung des Reiches durchzuarbeiten, eigene Vorschläge machen und sie der weiteren Beschlußfassung der zuständigen Stellen zur Verfügung stellen soll.

Dieser Ausschuß soll zusammengesetzt sein aus Politikern, Verwaltungspraktikern, Staats- und Verwaltungsrechtlern, Vertretern der Wirtschaft einschließlich der Arbeitnehmerorganisationen. Den Vorsitz soll ein Vertrauensmann der Reichsregierung und der Länderregierungen führen.

Die jetzige Länderkonferenz soll nach der Auffassung Petersens die Fragen formulieren, die dem Ausschuß vorzulegen wären und seine Arbeitsgebiete genau abgrenzen. Im Verlaufe seiner Rede sprach Petersen die einzelnen Vorschläge zur Reform des Reiches durch. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß über die Einzelheiten der Umgestaltung keine Uebereinstimmung besteht, daß aber alle Vorschläge sich in folgenden grundsätzlichen Punkten einig sind:

1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches.
2. Stärkung der Reichsgewalt.
3. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches.
4. Aufbau lebendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbezirke und Verkürzung des Instanzenweges zur Zentralregierung.
5. Neugliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftspolitisch lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen.

Dieser Weg ist auch außenpolitisch ungangbar wegen der Reparationsschulden. Wenn aber eine Beseitigung Verfassungselemente nicht denkbar sei, so müsse man die Möglichkeiten des Einheitsstaates prüfen.

Dr. Petersen ging dann die Einzelheiten der vorliegenden Vorschläge durch und dabei besprach er insbesondere den Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtage und eigenem Landespräsidenten. Er erklärte, daß ihm dieser Vorschlag ganz unmöglich erscheint, weil seine Voraussetzung die Herbröckelung Preußens wäre. Preußen müsse aber erhalten bleiben, bis es im Reiche aufgehen könne. Der umgekehrte Weg sei verhängnisvoll.

★

Das deutschnationale Rezept des Württembergers Bazille.

)(**Berlin, 16. Januar.**

Im Anschluß an das Referat des Hamburger Bürgermeisters Dr. Petersen sprach der württembergische Staatspräsident Bazille. Er betonte nach einer eingehenden Besprechung der fundamentalen Grundsätze der Verfassung Bismarcks, auf deren Grundlage sich das deutsche Volk mit größter Schnelligkeit zum kraftvollsten Volk der Erde entwickelte, daß die Bismarck'sche Verfassung ein System von Gewichten und Gegengewichten bildete, in dem jedes Gewicht mit seiner vollen Kraft wirken konnte, ohne die Wirksamkeit der anderen zu vernichten. Alsdann führte der Redner die Punkte auf, in denen eine Preisgabe der Grundsätze der Bismarck'schen Politik in der Weimarer Verfassung erfolgte. Unter den Folgen, die das Verlassen der Bismarck'schen Grundsätze herbeiführte, unterstrich Bazille besonders die auf dem Gebiete des Finanzwesens wo sich geradezu groteske Zustände entwickelt hätten. Er führte dabei aus:

Das Reich wälzt die Ausgaben, die es ihrer inneren Natur nach selbst tragen muß, wie Kleinrentnerfürsorge und Soziallasten, auf die Länder und Gemeinden ab. Es zwingt sie weiterhin teils direkt, teils indirekt zu immer neuen Ausgaben. Wichtige Steuern dagegen, die für die Länder und Gemeinden ganz unentbehrlich waren und sind, vor allem die Einkommensteuer, nimmt sie in die eigene Gesetzgebung und Verwaltung und überweist dann von ihrem Ertrag den größeren Teil den Ländern und Gemeinden zu mit dem Verlangen, damit auszukommen, obwohl den Organen des Reiches jeder ausreichende Einblick in die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden, in ihre Bedürfnisse und in die Möglichkeiten sparsamerer Verwaltung fehlt und immer fehlen wird. Verwaltungsreformen sind zwar nötig und möglich. In Wahrheit liegt die Krankheit, unter der die Steuerzahler leiden, nicht in der Existenz der Länder und den Einrichtungen ihrer Verwaltung, sondern allein in den Irrtümern, in denen die Baumeister der Reichsverfassung befangen waren. Auch die Klagen der Städte haben ihren Grund in den Gesetzen und Maßnahmen des Reiches, die die Länder zu Eingriffen in die Selbstverwaltung nötigten.

Betrachtet man die Verfassung von Weimar im Ganzen, so hat zwar auch sie sich bemüht, Gegengewichte anzubringen, aber sie hat die Elemente fremder Verfassungen so unglücklich miteinander vermischt, daß die neue Reichsverfassung einer Maschine gleicht, deren Räder nicht ineinander greifen und mit einander wirken, sondern von denen jedes den Gang des anderen stört.

Der Redner behandelt weiter die Vor- und Nachteile des unitarischen und des föderativen Staates und die Frage des rechten Weges und der Zurückführung der unitarischen Bewegung auf das richtige Maß und die richtigen Mittel. Hierzu sei notwendig:

1) Die Reichszuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung soll nicht in die Grenzen des Jahres 1914 zurückgeführt werden. Aber auf der anderen Seite ist sie weit über die Grenzen des Notwendigen und Zweckmäßigen hinausgegangen und muß deshalb auf das richtige Maß zurückgebracht werden. Die Ueberschreitung der notwendigen Schranken durch das Reich ist allein daran schuldig, daß Doppelarbeit und Leerläufe in der Verwaltung und Reibungen und Gegensätze zwischen dem Reich und den Ländern entstanden sind. Die württembergische Regierung behält sich vor, eine besondere Denkschrift über diesen Teil des Problems der Reichsregierung und dem Reichsrat vorzulegen.

2. Der Reichsrat muß wieder eine ähnliche Stellung bekommen, wie der Bundesrat der Bismarckschen Verfassung und wie sie der Senat in der amerikanischen Unionverfassung hat

3. Der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen läßt sich nur schwer beseitigen. Es fragt sich, ob der richtige Weg dadurch gefunden wird, daß man den Faden wieder zusammenknüpft, den die Weimarer Verfassung zerschnitten hat, also die organische Verbindung Preußens mit dem Reiche wiederhergestellt. Dies ist nicht mehr auf dem Wege der Bismarckschen Verfassung möglich, sondern nur auf die umgekehrte Art, daß nämlich der Reichspräsident gleichzeitig preußischer Ministerpräsident ist. Ohne Beseitigung des rein parlamentarischen Systems läßt sich aber diese organische Verbindung nicht herstellen. Das parlamentarische System darf aber kein Hemmnis sein, da die Allmacht des Parlaments sowieso einer Beschränkung bedarf. Das läßt sich am besten auf dem Wege erreichen, den die amerikanische Unionsverfassung eingeschlagen hat, nach der die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannten Minister des Vertrauens des Parlaments nicht bedürfen. Will man aber daran festhalten, daß die Minister auch des Vertrauens der Parlamente bedürfen, so ist dies dann praktisch bestens noch in der Form möglich, daß sie abzutreten haben, wenn mindestens zwei Drittel der Abgeordneten ihnen das Vertrauen entzieht. Es ist notwendig, dem überragenden Einfluß, den die preußische Bevölkerung bei der Wahl des Reichspräsidenten und des Reichstags hat, ein Gegengewicht dadurch zu geben, daß Preußen im Verhältnis zu der Gesamtheit der Reichsratsstimmen auf die Zahl der Bismarckschen Reichsverfassung beschränkt wird.

Der notwendige Finanzfrieden zwischen dem Reich und den Ländern ist nur auf folgendem Wege wiederherstellbar:

a) Die Ansprüche der Länder auf Abfindung für die von ihnen abgetretenen Bahnen, Post-, Steuer- und Zollgebäude sind bis jetzt nicht befriedigt worden. Die nötigen Vereinbarungen sollten sogleich in Angriff genommen werden.

b) Nichts ist wohl verkehrter, als den Ländern ihre bisherigen Steuerquellen zu nehmen und sie dem Reich zuzuführen. Eine wirksame Abhilfe ist nur dadurch möglich, daß den Ländern die Finanzhoheit über die wichtigsten direkten Steuern zurückgegeben wird.

Wenn einzelne deutsche Staaten auch bei richtiger Verteilung der Zuständigkeiten von Reich und Ländern und bei richtiger Verteilung der Lasten und Einnahmen sich als nicht mehr lebensfähig erweisen, so sollen sie nicht künstlich am Leben erhalten werden.

Der freiwillige Anschluß an ein anderes deutsches Land ist zweckmäßig. Es muß dann aber dafür gesorgt werden, daß im Reichsrat keine Verschiebung der Machtverhältnisse stattfindet. Nichts wäre verkehrter, als wenn der mächtigere Staat die kleineren seine Macht fühlen ließe, um sie mit diesem Mittel zum Aufgeben ihrer Selbständigkeit zu zwingen. Wo Enklaven, Exklaven und Kondominate die Verwaltung stören, wird es nicht schwierig sein, sie durch Vereinbarungen zu beseitigen.

Schließlich betonte der Redner: Die Lage Deutschlands ist so, daß nur schnelle und gründliche Reformen der Verfassung es vor dem Wege in eine abschüssige Entwicklung bewahren können. Man verkennt das Wesen namentlich der süddeutschen Bevölkerung, wenn man glaubt, sie lasse sich direkt oder indirekt zu Zugeständnissen zwingen, von deren Berechtigung sie nicht überzeugt ist. Die Bevölkerung der süddeutschen Staaten ist dem Reichsgedanken treu ergeben, aber sie will nach ihren eigenen Gewohnheiten, Gefühlen und Idealen leben und wird niemals einen Zwang vertragen, von dessen Berechtigung sie nicht überzeugt ist. Weder in einem zentralisierten noch in einem dezentralisierten Einheitsstaat wird viel Rücksicht auf ihre Eigenart genommen werden. Sie befürchtet ferner mit Recht, daß ihre wirtschaftlichen Interessen, wenn ihr Land zu einer von Berlin völlig abhängigen Provinz geworden ist, nicht mit derselben Sorgfalt und Liebe gepflegt und daß die Berlin näheren Reichsteile bevorzugt werden. Die in den Einzelstaaten vereinigte Bevölkerung fühlt sich als eine Einheit und selbständige Staatspersönlichkeit und ist. von Ausnahmen vielleicht abgesehen, nicht gesonnen, diesen Zustand preiszugeben. Nur die äußerste Vorsicht und die schleunige Rückkehr zu den Grundsätzen der Staatsweisheit, die Deutschland vor dem Weltkriege groß gemacht haben, können uns vor der Entwicklung zur Anarchie und Diktatur bewahren.

★

Die Nachmittagssitzung.

.:: **Berlin, 16. Jan.** Die Länderkonferenz, die heute nachmittag um 3,15 Uhr nach einer Mittagspause wieder eröffnet wurde, nahm die Korreferate des bayrischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministerpräsidenten entgegen. Nach Beendigung der beiden Referate wurde die Sitzung gegen sieben Uhr geschlossen. Morgen früh um 10 Uhr beginnt die Tagung mit der Eröffnung der Diskussion über die gehaltenen Referate und Korreferate.

Geßlers Rücktritt und die Phöbus-Affäre.

Gröner nach Geßlers Ansicht der geeignetste Nachfolger.

* **Berlin, 16. Januar.**

Die „Vossische Zeitung" übernimmt aus der „Neuen Freien Presse" Wiens ein Interview, das der Berichterstatter des Wiener Blattes mit „einem Freunde" des Reichswehrministers Geßler gehabt hat. Die „Vossische Zeitung" erklärt, dieser Freund äußerte sich derart vertraut mit den Gedankengängen des Ministers, daß man wohl keine unzulässige Vertrauschung vornehme, wenn man diese Aeußerungen so behandle, als stammten sie von Dr. Geßler selbst.

Zu Beginn des Interviews wird dargelegt, daß Dr. Geßler schon im Juni 1927 habe gehen wollen, aber auf dringendes Bitten des Reichskanzlers noch geblieben sei, aber gleich angekündigt habe, daß es sich nur um einen Aufschub von ein paar Monaten handeln könne. Jetzt könne er körperlich und seelisch einfach nicht mehr weiter. Es wird dabei an die schweren Schicksalsschläge erinnert, die den Minister betroffen haben. Der Minister werde nach seinem Rücktritt zunächst eine Reise durch seine bayrische Heimat antreten und dann einen längeren Erholungsaufenthalt, wahrscheinlich in der Nähe von Innsbruck, nehmen. Vielleicht werde er die Muße benutzen, seine Lebenserinnerungen aufzuzeichnen. Er halte es für seine Pflicht, eine wahrheitsgemäße Darstellung der Ereignisse, an denen er beteiligt war, zu hinterlassen.

Ein Hauptgrund für die Demission sei die Phöbusaffäre gewesen, die den Minister schwer getroffen habe. Hinter dem Rücken des Ministers und seiner anderen Vorgesetzten habe Kapitän Lohmann sich in die Geschäfte mit der Phöbus-Film eingelassen und dafür nicht nur die ihm zur Verfügung stehenden Fonds herausgabt, sondern auch namens des Ministeriums Bürgschaften für Millionenbeträge übernommen. Diese Millionen seien verloren, und das Reichswehrministerium werde genötigt sein, in einem Nachtragsetat die Bewilligung dieses Millionenbetrages zu verlangen. Was den Kapitän Lohmann bewogen habe, sei völlig unklar. Unlautere Motive hätten keinesfalls mitgespielt. Lohmann habe nicht den geringsten Nutzen aus den Geschäften gezogen. Der Minister glaube, daß sein Rücktritt die parlamentarische Erledigung der fatalen Angelegenheit erleichtern werde; denn sein Nachfolger könne sagen, was er selbst nicht hätte sagen können, nämlich, daß der Minister ungenügend und unrichtig informiert worden ist.

Ueber die Nachfolge sagt Geßlers Freund, daß Geßler selbst der Ansicht sei, das vakante Ministerium müsse definitiv besetzt werden. In General Groener erblickt er eine Persönlichkeit, die nicht nur als ausgezeichneter Fachmann alle für die Leitung des Wehrministeriums erforderlichen Eigenschaften besitzt, sondern auch wahrscheinlich der Linken mehr Vertrauen einflößen würde, als mancher Politiker, der als Geßlers Nachfolger ins Auge gefaßt worden sei.

Vor Ende der Woche keine Entscheidung über Geßlers Nachfolger.

+ **Berlin, 16. Jan.** Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist die Reichsregierung augenblicklich durch die Länderkonferenz und andere Vorgänge so belastet, daß eine Entscheidung über die Nachfolge des bisherigen Reichswehrministers vor Ende der Woche nicht zu erwarten ist.

Parker Gilbert bleibt.

Um die Fixierung der deutschen Reparationsschuld.

= **Paris, 16. Januar.** Wie die „Agence économique et financière" mitteilt, hielt die Reparationskommission am Sonntag eine Sitzung ab, über die aber auf einstimmigen Beschluß kein Kommuniqué ausgegeben wurde. Die Sitzung, die sich über den ganzen Tag erstreckte und an der Reparationsagent Parker Gilbert teilnahm, war die erste seit Veröffentlichung der Anregungen Gilberts über die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsschuld. Die „Agence économique et financière weiß über die Sitzung folgende Einzelheiten zu berichten: Der Vorsitzende Chapsal habe der Kommission den Brief zur Kenntnis gebracht, den Poincaré nach Ankündigung in der Kammersitzung vom 24. Februar an die Kommission gerichtet hat In diesem Brief habe sich ein lebhafter Gedankenaustausch namentlich zwischen dem Vorsitzenden der Reparationskommission und dem Reparationsagenten angeschlossen.

Die Agentur glaubt zu wissen, daß Parker völlig seinen Standpunkt aufrechterhalten habe. Er habe erklärt, daß die im letzten Monat von ihm angeschnittene Frage unbestreitbar ihn angehe angesichts der Unmöglichkeit, bei der gegenwärtigen Unbestimmtheit einer ungeheuren Schuld, ein genaues Bild über die deutsche Wirtschaft zu erhalten. Die einzelnen Regierungen sollen nun mit der am letzten Sonnabend erörterten Frage befaßt werden.

*

Der Reparationsagent bei Briand.

:: **Paris, 16. Januar.** Heute mittag fand auf Einladung Briands ein Frühstück zu Ehren des seit einigen Tagen in Paris weilenden Reparationsagenten Parker Gilbert statt. Neben Ministerpräsident Poincaré und Justizminister Barthou, dem Vorsitzenden und Generalberichterstattern der Finanzkommission von Senat und Kammer sowie dem amerikanischen Geschäftsträger Whitehouse nahmen die hauptsächlichsten Vertreter der Reparationskommission und der Dawesausschüsse daran teil.

Die Auflegung französischer Industrieanleihen in Amerika.

× **Washington, 16. Jan.** Nach einer Konferenz zwischen Präsident Coolidge, Staatssekretär Kellogg und Schatzsekretär Mellon sandte das Staatsdepartement an eine größere Anzahl meist Newyorker Banken Formularbriefe mit der Erklärung, daß keine weiteren Bedenken mehr gegen die Auflegung französischer Industrieanleihen in den Vereinigten Staaten beständen. Politische Kreise erklären, daß für das Fallenlassen der Einwände, ein Entschluß, der übrigens bereits seit längerer Zeit erwogen wurde, zwei Motive in Betracht kamen: einmal sollten der amerikanischen Bankwelt die Vorteile französischer Finanzierungen nicht länger vorenthalten bleiben, zweitens kam Frankreich seinem Schuldendienst gegenüber den Vereinigten Staaten nach, obwohl der Mellon-Berenger-Vertrag noch nicht ratifiziert sei. Uebrigens wird betont, daß dieser Entschluß eine Geste der Freundschaft Frankreichs gegenüber sei und unabhängig von allenfallsigen späteren Konzessionen Frankreichs erfolgte. Das Staatsdepartement lehnte eine Aeußerung darüber, ob in der nächsten Zeit auch die Auflegung französischer Regierungsanleihen zugelassen werden wird, ab, indessen geht die allgemeine Erwartung dahin, daß auch deren Zulassung nur eine Frage der Zeit ist, da zu verstehen gegeben wurde, daß das Kapital anlegende Publikum Amerikas nicht länger vom französischen Anlagenmarkt ausgeschlossen werden sollte.

Deutsches Reich.

Petersen kandidiert für Hamburg.

:: **Hamburg, 16. Jan.** Am gestrigen Sonntag hat der Vorstand der demokratischen Partei Hamburgs endgültig beschlossen, Bürgermeister Dr. Karl Petersen an die Spitze seines Wahlvorschlages für die neuen Bürgerschaftswahlen zu stellen.

Genfer Besuch in Berlin.

+ **Berlin, 16. Jan.** Der Untergeneralsekretär und Direktor der politischen Abteilung des Völkerbundssekretariates Dr. Sugimura, traf heute zur Besprechung laufender Völkerbundsangelegenheiten in Berlin ein. In Vertretung des zur Zeit noch erkrankten Außenministers wurde er von Staatssekretär von Schubert empfangen. Im Laufe des Nachmittags stattete Herr Sugimura dem Herrn Reichskanzler einen Besuch ab. Heute abend fährt Herr Sugimura nach London weiter.

Kleine Auslandsnachrichten

Der neue deutsche Gesandte im Haag.

:: **Haag, 15. Jan.** Der hiesige neue deutsche Gesandte Graf von Zech-Burkersrode, traf heute morgen aus Berlin hier ein und wird morgen dem Minister des Auswärtigen, Beelaerts van Blokland, seinen Antrittsbesuch abstatten.

Ein Schritt der lettischen Gesandtschaft bei der litauischen Regierung.

◇ **Riga, 15 Jan.** Die lettische Gesandtschaft in Kowno hat bei der Regierung Woldemaras wegen der Entfernung von Schienen auf einem Teil der litauischen Strecke der Eisenbahnlinie Libau—Romny einen diplomatischen Schritt unternommen. Es wurde hierbei erklärt, diese litauische Maßnahme habe das offenkundige Ziel verfolgt, den Warentransitverkehr zwischen dem lettischen Hafen Libau und dem östlichen Polen nach der Oeffnung der Grenze von Wilno zu unterbinden. Für den Fall, daß der Schritt der lettischen Gesandtschaft erfolglos bleiben sollte, erwartet man die Absendung einer offiziellen Protestnote.

Die Berliner Reise Woldemaras.

() **Kowno, 16. Jan.** Der litauische Ministerpräsident Woldemaras wird, wie aus sicherer Quelle verlautet, am 24. Januar nach Berlin reisen, wo er einige Tage verweilen wird.

Neuer südslawischer Innenminister.

)) **Belgrad, 16. Jan.** Ministerpräsident Vukitschewitsch ist von dem von ihm gleichzeitig bekleideten Posten als Innenminister zurückgetreten. Zum neuen Innenminister wurde auf Vorschlag Vukitschewitsch' der radikale Abgeordnete Radowitsch ernannt. Dieser legte am Sonntag mittag im Beisein des Ministerpräsidenten seinen Eid ab und übernahm sofort sein Amt.

Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen †.

+ **Meiningen, 16. Jan.** Nach langem Leiden verschied heute früh im hiesigen großen Palais der ehemalige Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen. Die Leiche wird wahrscheinlich nach der Familiengruft in Altenstein überführt werden.

•

Der jetzt verstorbene Herzog Bernhard von Sachsen-Meinigen war der Schwager des früheren Kaisers Wilhelm II. Er war mit dessen Schwester Charlotte verheiratet, die 1919 ihm im Tode vorangegangen ist. Trotz dieser Verwandtschaft waren die Beziehungen zwischen Kaiser und Herzog nicht die besten.

Der Verstorbene war am 1. April 1851 als Sohn des 1914 verstorbenen Herzogs Georg II. in Meiningen geboren. Er machte als jüngerer Offizier den Feldzug 1870/71 mit, wurde 1887 Oberst und Kommandeur des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments, 1894 Generalleutnant und Kommandeur der 22 Division in Kassel und 1895 Kommandierender General des 6. Armeekorps in Breslau. In dieser Stellung lenkte er die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich durch mehrere Korpsbefehle, in denen er sich scharf gegen die Soldatenmißhandlungen und den übermäßigen Alkoholgenuß wandte. Fast zehn Jahre hindurch führte er das Armeekorps, nämlich bis 1904. Dann wurde er Generalinspekteur der 2. Armeeinspektion mit dem Sitz in Meiningen. 1909 erhielt er den Rang eines General-Feldmarschalls. Seiner Stellung als Generalinspekteur wurde er bei Gelegenheit der Armeevermehrung und Umbildung der Generalinspektionen im Jahre 1912 enthoben.

Am 25. Juni 1914 folgte der bisherige Erbprinz seinem verstorbenen Vater in der Regierung. Infolgedessen hat er in dem bald darauf ausbrechenden Weltkrieg kein Kommando geführt. Nach der Revolution lebte er zurückgezogen auf seinen Schlössern.

Neben seinem militärischen Dienst widmete sich Herzog Bernhard von jeher mit Eifer den schönen Künsten, insbesondere der Literatur und Musik.

Der Ehe mit der Prinzessin Charlotte von Preußen ist nur eine Tochter entsprossen, die mit dem Prinzen Heinrich XXX. Reuß j. L. vermählt ist.

Vermischte Nachrichten.

67 Stück Vieh verbrannt.

:•: **Emden, 16. Jan.** Der „Ember Zeitung" zufolge ist gestern nachmittag in Hatzumerfehn (Kreis Weenler) das Platzgebäude mit Vorräten des Landwirts Schuver vollständig niedergebrannt. Hilfe kam nicht mehr früh genug, sodaß 67 Stück Vieh, darunter sieben Pferde, ein Raub der Flammen wurden Nur sieben Tiere konnten gerettet werden. Ueber die Entstehungsursache ist weiter nichts bekannt. Es war nur eine Feuerwehr zur Stelle; die anderen Wehren wurden durch Ueberschwemmungen sehr behindert.

Ein ehemaliger Abgeordneter als Einbrecher.

:•: **Wien, 16. Jan.** Seit längerer Zeit wurden in einigen Teilen von Kärnten in Gastwirtschaften, einsamen Gehöften und Postämtern dreiste Einbrüche verübt, wobei der Täter stets eine Maske trug. Den Nachforschungen des Gendarmeriekommandos Völkermarkt ist es jetzt gelungen, den Einbrecher in der Person des ehemaligen Landtagsabgeordneten und Hofbesitzers Thomas Puschl aus Fuerhölz zu verhaften. In seinem Hause wurde eine große Menge der gestohlenen Gegenstände vorgefunden.

Drei französische Bahnarbeiter von einem D-Zuge getötet.

:•: **Arras, 16. Jan.** Vom D-Zuge Dünkirchen—Calais wurden heute früh 10 km von hier entfernt drei Arbeiter, die den Bahndamm entlang gingen, überfahren. Ein vierter Arbeiter hat sich noch retten können.

Zyklon in der Provinz Buenos Aires.

:: **London, 16. Januar.** Nach Meldungen aus Buenos Aires ist die Stadt Pilar in der Provinz Buenos Aires von einem schweren Zyklon heimgesucht worden. Zahlreiche Häuser weggefegt Die Zahl der Opfer soll sehr groß sein. Alle Verbindungen mit Pilar sind abgeschnitten.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 17. Januar 1928.

z. **Durch die Bodenluke gestürzt.** Am Samstag nachmittag stürzte die Witwe B. Lörwinkt, eine Frau von 71 Jahren, in ihrem Wohnhaus an der Jerichoerstraße durch die Bodenluke und erlitt einen doppelten Schädelbruch sowie innere Verletzungen. Die Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie nach kurzer Zeit starb.

p. **Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.** Am Donnerstag, den 19. Januar, 20 Uhr, findet eine Uebung der Freiwilligen Sanitätskolonne im „Burgerkrug" statt. Anzug: Uniform. Die Anfänger nehmen ebenfalls an der Uebung teil. Vollzähliges Erscheinen ist im Interesse der Uebung geboten.

n. **Kath. Lehrerverein und Lehrerinnenverein.** Heute nachmittag 17,15 Uhr hält im kleinen Saale des Gesellenhauses Herr Rektor Ostendorf einen Vortrag über „Aufteilung und Aufbau des Stoffes im Musikunterricht der Volksschule". Alle Kolleginnen und Kollegen, auch aus der Umgegend, sind herzlich willkommen.

n. **Arbeiterverein St. Josef.** Das gegenwärtig im Arbeiterverein St. Josef zur Aufführung gewählte Stück „Die Ausgestoßene" ist gewiß recht ernsten Inhalts. Tief ergriffen folgen die Zuhörer der spannenden Handlung. Aber hin und wieder bricht doch ein goldener Humor durch, der die Spannung in etwa auslöst, um dann die ernsten Szenen umso packender zu gestalten. Die Spieler und Spielerinnen haben sich so in ihre Rollen eingelebt, daß man sich unwillkürlich mit fortreißen läßt und ganz im Banne des Spieles steht. Der beste Beweis für die Tüchtigkeit der Darsteller ist die große Zahl der Zuhörer, die zu den bisherigen Aufführungen erschienen. Um nun dem Interesse, das in weiten Kreisen der Bevölkerung für diese Aufführung herrscht, entgegenzukommen, hat sich die Theaterabteilung entschlossen, am nächsten Sonntag noch eine letzte Aufführung folgen zu lassen. Dieselbe beginnt am Sonntag abend 7,30 Uhr. Es ist dringend anzuraten, sich frühzeitig mit einer Eintrittskarte zu versehen. Die Karten gelangen ab Mittwoch im Arbeiterverein St. Josef zum Verkauf.

m. **Buchgemeinde Bonn.** Die Mitglieder, die bis zum Monatsschluß Tauschwünsche nicht gemeldet haben, erhalten die festgesetzte Jahresreihe. Näheres ist aus dem Prospekt zu ersehen, das dem Beethoven-Buche beilag. Bitte umgehend der Zweigstelle, Rudolf Bolte, Münsterstraße 15, evtl. Tauschwünsche zu melden. Später eingehende Tauschwünsche können keine Berücksichtigung finden.

n. **Einheitskurzschrift.** Der niederrheinische Bezirk für deutsche Einheitskurzschrift hält seine Bezirkstagung, verbunden mit einem großen Wettschreiben, am Sonntag, den 22. ds. Mts., in Wesel ab. Vormittags 11 Uhr tagen die Vertreter der Vereine, denen die Erledigung einer reichhaltigen Tagesordnung obliegt. Nachmittags 2 Uhr findet im städt. Oberlyzeum in Wesel das Bezirkswettschreiben statt. Zum Austrag gelangt der vom Bocholter Verein gestiftete Bezirks-Wanderpreis, der bis jetzt zweimal an den Verein Cleve fiel. Es wird sich zeigen müssen, ob Cleve zum dritten Male preisgekrönt wird und damit den Wanderpreis endgültig besitzen darf. Abends findet im großen Saale des Theater-Restaurants zu Wesel die offizielle Feier mit Bekanntgabe der Sieger des Wettschreibens statt.

Aus Kunst und Leben.

Aufführung von Max Bruchs „Lied von der Glocke" durch den Bocholter Musik-Verein.

Am 15. Januar erlebten wir im großen Saale des Schützenhauses eine Aufführung von Max Bruchs „Lied von der Glocke" für gemischten Chor, vier Solostimmen und Orchester, neben „Fritjof" und „Odysseus" das erfolgreichste Chorwerk des Komponisten. Zwar kann sich Bruchs Musik an innerem Gehalt nicht mit den Schöpfungen unserer großen Meister messen, doch bleibt sie mit Recht ein Hauptstück unserer guten Chorvereine. Durchsichtig im Aufbau und gewinnend in der Melodieführung fesselt das Werk sowohl die Aufführenden, wie die Zuhörer. Namentlich in den lyrischen Partien findet Bruch eine eindrucksvolle Sprache, doch auch die mehr kontrapunktisch gehaltenen dramatischen Szenen bieten des Anziehenden genug. Die Wiedergabe des Werkes durch den Musik-Verein Bocholt verdient in jeder Beziehung volle Anerkennung. Es ist erstaunlich, wie der musikalische Leiter des Ganzen, Herr Fritz Schlüter, Bocholt, in so verhältnismäßig kurzer Zeit — der Verein hat nach langer Ruhepause erst seit Herbst 1927 seine Arbeit wieder aufgenommen — den Chor zu dieser Einheit zusammenzuschweißen gewußt hat. Der gut durchgebildete Chorklang, die fleckenlos reine Intonation bis zum letzten Akkord, die Sicherheit der Einsätze und nicht zu mindest die sorgfältige Differenzierung des Ausdrucks war der wohlverdiente Lohn für eine hingebende Arbeit unter zielsicherer, von echtem Kunstwillen beseelter Führung. Einige unerhebliche Mängel konnten die Gesamtwirkung nicht beeinträchtigen. Das aufnahmefreudige Publikum kargte deshalb nicht mit Beifall schon während der Aufführung, und besonders am Schlusse gab es seiner Freude über die gelungene Darbietung langanhaltenden begeisterten Ausdruck. Wesentliche Partien des Chorwerkes lagen in den Händen der vier Solisten. Herr Sommermeyer, Hamburg (Baßbariton) erfreute uns durch seine volle runde Stimme, deren Wohlklang in den höheren Lagen unter einer geringen Indisposition zu leiden schien; Herr Richter, Köln (Tenor) sang im ersten Teil mit fühlbarer Zurückhaltung unter häufiger Anwendung der Falsettstimme in höherer Lage, trat aber im zweiten Teil aus seiner Reserve heraus und setzte sich dann gut durch; Kammersängerin Ida Kuhl-Dahlmann, Köln (Alt) verfügte über eine ergiebige Altstimme, die sich auch bei dem Forte des Chores und Orchesters unter Wahrung edler Tonbildung noch kräftig durchzusetzen wußte. Vor allem gefiel Giesela Derpsch, Köln (Sopran). Der lyrische Charakter ihres feingeschulten Organs bewährte sich vortrefflich; wir erinnern nur an die Solopartie „Heilge Ordnung . . ." Von allen Solisten ist zu sagen, daß sie sich von der sonst viel beobachteten Unart des starken Tremolierens weit fern hielten und so auch in den Solo-Duetten, -Terzetten und -Quartetten feinste Gesamtwirkung erzielten. Das gut besetzte Orchester (verstärktes Rhein.-Westf. Symphonie-Orchester Oberhausen) folgte dem Dirigenten willig, doch hätte es sich mit Rücksicht auf die akustischen Gegebenheiten des Schützenhaussaales mitunter etwas mäßigen dürfen. Daß die Männerstimmen gegenüber den Frauenstimmen des Chores zu schwach waren, ist ein äußerer Mangel, der sich durch den Eintritt weiterer sangesfreudiger und arbeitsbereiter Herren leicht beheben läßt; innerlich lohnend ist die aktive Teilnahme an derartigen musikalischen Veranstaltungen gewiß. Den Musik-Verein beglückwünschen wir noch besonders zu der Wahl seines erfolgreichen Führers, Herrn Schlüters, und sind überzeugt, daß unter dessen Leitung das musikalische Leben des Vereins einen neuen Aufschwung eingeleitet hat.

O—f.

* * *

c. **Borken, 16. Jan. Vortrag im Altertumsverein in Borken.** Am Sonntag nachmittag 4,30 Uhr hielt der Altertumsverein im Saale des Hotels Nienhaus eine Versammlung ab. Unter den sehr zahlreich erschienenen Besuchern bemerkte man auch viele aus der Umgebung von Borken. Herr Dr. Stieren, Münster, Assistent am Landesmuseum in Münster, referierte sodann an Hand von Lichtbildern über die Vor- und Frühgeschichte Westfalens, unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Borken. Ueber die Ergebnisse der vorgeschichtlichen Forschungen der letzten Jahre wußte Redner Mannigfaltiges zu berichten, da er Leiter der letzthin gemachten Ausgrabungen im Auftrage der Altertumskommission für Westfalen war. Die folgenden Lichtbilder zeigten durch Ausgrabung gewonnene Gegenstände aus der älteren und jüngeren Steinzeit, wie Aexte, Schwerter usw. Sehr interessant gestalteten sich die Ausführungen des Referenten über die Totenbestattungen in der Steinzeit, sowie Hünengräber usw. Im Zusammenhange hiermit kam er auch auf die Teufelssteine bei Heiden zu sprechen. Seine weiteren Ausführungen galten der Bronze- und Eisenzeit. Ueber die Ausgrabungen im Römerlager bei Haltern konnte Redner aus eigener Anschauung in ausführlicher Weise berichten, da er die Ausgrabungen in den letzten Jahren leitete. Diese Ausgrabungen brachten schöne und wertvolle Fundstücke zutage. Zum Schlusse seiner hochinteressanten Ausführungen kam der Vortragende auf die fränkische und sächsische Zeit zu sprechen, die für die hiesige Gegend nicht ohne Interesse und Bedeutung ist. Denn südlich und nördlich von Borken wurden größere und wichtige Funde gemacht, die Aufschluß über diese Zeit gaben. Der Redner wies sodann noch darauf hin, doch kleine Funde nicht achtlos wegzuwerfen, sondern diese den interessierten Stellen zu übergeben.

* **Herbern, 16. Jan. Tödlicher Radfahrerunfall.** Der Kaufmann Gustav H. aus Capelle stieß mit seinem Fahrrade auf einer abschüssigen Straßenstrecke in der Nähe von Stockum in der Dunkelheit mit einem ihm entgegenkommenden Radfahrer zusammen. H. wurde vom Rade auf die Straße geschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er im Krankenhause zu Herbern verschied. Der Verunglückte war 48 Jahre alt und Vater von 7 Kindern.

* **Hessen, 16. Jan. Gasexplosion.** In dem Gasrohrleitungskanal auf der Kokerei der Zeche „Sachsen" entstand eine Explosion. Vermutlich hatten sich in dem Kanal Gase angesammelt, die durch einen abspringenden Funken von einem in der Nähe in Gebrauch befindlichen Schweiß-Apparat entzündet wurden. Die Betondecke des Kanals wurde beschädigt und außerdem an einem in der Nähe befindlichen Wohnhaus eine größere Anzahl Fensterscheiben eingedrückt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Vom Niederrhein.

— **Hamminkeln, 16. Jan. Gemeinderats-Sitzung.** In der letzten Gemeinderatssitzung, die unter dem Vorsitz des Ehrenbürgermeisters Küster tagte, und bei der sämtliche Mitglieder anwesend waren, wurde unter Punkt 1 das Gesetz betr. Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsgesetzes bekanntgegeben. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Punkt 2 betraf die Bramhorster Brücke. Der Gemeinderat beschloß, den Vorsitzenden zu beauftragen, wegen der Kosten und des Projektes für eine neue Brücke die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Weiter wurde beschlossen, die jetzige Brücke einer Belastungsprobe zu unterziehen. Alsdann wurde das Wegebauprojekt Mehrhoog — Hamminkeln — Brünen eingehend erörtert. Die Mittel für Aufstellung eines Kostenanschlages über diejenigen Arbeiten, die vor Uebergabe der Straße an die Provinz noch zu leisten sind, wurden bewilligt. Alsdann wurden die Mieten in den Gemeindewohnungen ab 1. Februar neu festgesetzt und auf das Doppelte erhöht. Die Verbreiterung des Mühlenweges war infolge der heutigen Verkehrsverhältnisse notwendig geworden. Es sind von den anliegenden Grundbesitzern die erforderlichen Grundstreifen erworben und zwar zu 30 R.-Mk. pro Rute. Die Vermessungs- und Umschreibungskosten trägt die Gemeinde. Verschiedene Wohlfahrtsanträge wurden entsprechend den Beschlüssen der Wohlfahrtskommission genehmigt. Die Anmeldung der freiwilligen Feuerwehr beim Kreisverband wurde beschlossen.

— **Wesel, 17. Jan. Viehmarkt.** Auf dem gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben 664 Ferkel, 5 Läuferschweine. Es kosteten 4—6 Wochen alte Ferkel 10—12 Mark, 6—8 Wochen alte 15—18 Mark, 8—13 Wochen alte 18—25 Mark. Läuferschweine 30—45 Mark. — Nächster Markt am Dienstag, den 31. Januar.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **F. C. „Olympia" 1. M. — „Viktoria" Oberhausen 1. M. 9:2 (1:2).** Im Freundschaftstreffen konnten die Grünweißen die spielstarken „Viktorianer" aus Oberhausen mit einer haushohen Packung auf die Heimreise schicken. Zu Beginn des Spieles sah es für die Platzbesitzer nicht so rosig aus. Die Gäste legten ein Tempo vor, dem sie in der zweiten Hälfte selbst zum Opfer fallen sollten. Angriff auf Angriff rollte auf Wolfings Heiligtum und die Hintermannschaft hatte harte Arbeit zu verrichten. Sie konnte es aber nicht verhindern, daß der Gast, dank seiner vorzüglichen Spielweise, in der ersten Hälfte zwei Tore vorlegte, dem die Grünweißen nur einen Treffer entgegensetzen konnten. Nach Halbzeit aber kamen die Platzbesitzer mächtig auf und spielten zeitweise so überlegen, daß der Gegner völlig eingeschnürt war. In regelmäßigen Abständen mußte der gute Gästehüter noch achtmal hinter sich greifen. Die Ursachen dieser hohen Tordifferenz sind daraus zu erklären, daß die Grünweißen mit einem riesigen Eifer dabei waren, dem 2:0-Vorsprung der Gäste eine so jähe Wendung zu geben. Warum nicht immer so? — Der Schiedsrichter war dem Spiel ein korrekter Leiter. — Im Punktespiel konnte die zweite Elf der dritten Mannschaft vom Sportklub 26 eine 7:3-Niederlage beibringen. — Wir möchten nicht verfehlen, schon jetzt die Sportjünger auf das am kommenden Sonntag stattfindende Meisterschaftsspiel gegen den Sterkrader „Spielverein" aufmerksam zu machen.

:: **Sport- und Spielverein Rhede 2. Mannschaft — S. V. Biemenhorst 2. Mannschaft 1:2.** Die Mannschaft von Biemenhorst konnte am Sonntag in Rhede obiges Resultat erzielen. Das Spiel wurde äußerst flott und fair durchgeführt. — Die 1. Jugend von Biemenhorst trug auf Sportklubs Platz das Diplomspiel gegen die 1. Jugend des Platzvereins aus. Sportklubs Jugend führte bis zehn Minuten vor Schluß mit 1:0. Als dann der Schiedsrichter vom Platzverein eine grobe Fehlentscheidung fällte, wurde Biemenhorsts Jugend von ihrem Führer aus dem Spiele genommen. Daß bei den Diplomspielen der Jugend der Platzverein den Schiedsrichter zu stellen hat, ist u. E. verfehlt.

:: **Athletik-Sportvereinigung 1894 Bocholt. — Zweiter Kampfabend im Bogen am Sonntag, den 22. Januar im „Großen Kurfürsten" zu Bocholt.** Gute Kämpfer am Start von folgenden Vereinen: Boxsportklub Münster, Kraftsportklub „Goliath" Mengede, Kraftsportklub Essen, Boxverein 1920 Emmerich und Athletik-Sportvereinigung Bocholt. U. a. Herausforderungskampf van den Berg, Emmerich gegen Büllings, Bocholt; van den Berg wurde im Frühjahr 1927 von Büllings in der Weseler Messehalle in der zweiten Runde durch k. o. besiegt. In jeglicher Hinsicht wird obengenannter Verein am nächsten Sonntag mit einem sorgfältig gewählten Programm an die Oeffentlichkeit treten. Erwähnenswert wäre, daß die Kämpfer aus den Reihen zweier Kampfverbände zusammengestellt sind und zwar aus dem Deutschen Athletik-Sportverband 1891 und dem Westdeutschen Amateur-Boxverband. — Das Kampfprogramm ist folgendes:

1. Fliegengewicht:
   Beckschäfer, Münster gegen Köpp, Emmerich;
2. Bantamgewicht:
   Lyer, Münster gegen Landers, Emmerich;
3. Mittelgewicht:
   Bösing, Bocholt gegen Eckart, Münster;
4. Leichtgewicht:
   Neumann, Münster gegen Teweer, Emmerich;
5. Weltergewicht:
   Bälschum, Essen gegen Fischer, Münster;
6. Halbschwergewicht:
   Hume, Münster gegen Hölscher, Mengede;
7. Federgewicht:
   Hellenfort, Bocholt gegen Onsdel, Münster;
8. Federgewicht:
   Erlage, Bocholt gegen Jansen, Emmerich;
9. Weltergewicht:
   Raab, Bocholt gegen Weikmann, Münster;
10. Herausforderungskampf:
    van den Berg, Emmerich gegen Büllings, Bocholt;
11. Deutschmeister Swart — Gegner wird noch gesucht.

Als Ringrichter: Herr Biesenkamp, Mülheim.

In folgenden Geschäften sind Vorverkaufskarten für die drei Ringplätze von Donnerstag bis Sonntagmittag 12 Uhr zu haben: „Großer Kurfürst", Restauration Theo Opperbeck, Osterstraße und Zigarrengeschäft Ludwig Hallen, Ostermarkt. 1. Ringplatz: 2,— Mk., 2. Ringplatz 1,50 Mk., 3. Ringplatz 1,— Mk. (Näheres durch Anzeigen.) J. S.

Gemeinderats-Sitzung in Dingden

Dingden erhält einen Bürgermeister.

s. Dingden, den 16. Januar 1928.

Am vergangenen Samstag fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, bei der anwesend waren Beigeordneter Kösters, Gemeindevorsteher Hoffmann, Amtssekretär Rövekamp und sämtliche Gemeinderäte. Herr Vorsteher Hoffmann eröffnete 2,30 Uhr die Sitzung und schritt zur Abwicklung der Tagesordnung, die wie folgt erledigt wurde:

1. **Beschlußfassung zu dem Gesetze über die Neuregelung verschiedener Punkte.** Herr Rövekamp verliest das neue Gesetz, das u. a. die Neuregelung der Wahlen von Beigeordneten, Vorstehern und Bürgermeistern für die Dauer von 12 Jahren und — wo angängig — ehrenamtliche, also Ehrenbürgermeister vorsieht. Nachdem der Vorsitzende, Herr Vorsteher Hoffmann, bekanntgemacht hat, daß der Herr Amtmann Dörner wünsche, daß die Gemeindevertretung von dem neuen Gesetze Gebrauch mache, folgt eine eingehende Aussprache.

Der Vorsitzer schlägt die definitive Wahl des Amtmanns zum Bürgermeister vor. Ein Teil der Vertretung spricht sich für Vertagung dieser so wichtigen Wahl aus, nicht nur, weil das vorliegende Gesetz den meisten Vertretern noch unbekannt sei, sondern weil es auch im Interesse der Gemeinde noch zu prüfen sei, welches Verwaltungssystem das billigere sei. Diese Anträge werden aber von der Mehrheit verworfen unter der Befürchtung, daß sich ein Ehrenbürgermeister mit den nötigen Kenntnissen in der Gemeinde wohl nicht finden wird.

Nachdem die zukünftigen Arbeiten durch Abänderung des Gemeindegesetzes festgelegt sind, schreitet der Vorsteher zur Abstimmung über die Einsetzung des Amtmanns Dörner als Bürgermeister des Amtes Dingden. Die Wahl erfolgt einstimmig. Der Vorsteher Hoffmann teilt dem inzwischen erschienenen Herrn Bürgermeister mit, daß er von den Gemeindevertretern einstimmig gewählt sei.

Herr Bürgermeister Dörner führt dann aus: „Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir entgegenbringen. Ich freue mich deshalb besonders, weil ich von Ihnen einstimmig gewählt bin. Nehmen Sie darum meinen aufrichtigen Dank und die Versicherung entgegen, daß ich mich bemühen werde, stets zum Wohle der Gemeinde zu arbeiten, um mir das Vertrauen der Gemeindeeingesessenen zu erwerben."

Nach der Beglückwünschung von Seiten der Vertreter wird folgendes zu Protokoll gebracht:

1. Auf Grund des § 10 des Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 27. Dezember 1927 wurde beschlossen, daß für die Zukunft der Bürgermeister des Amtes Dingden bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Jahresrechnung sowie bei der Verwaltung und Beaufsichtigung des Rechnungs- und Kassenwesens mitwirken soll.

2. Die Gemeindevertretung beschließt sodann, daß dem Bürgermeister von Rhede dem bisher die Mitverwaltung von Dingden widerruflich übertragen war, nunmehr die Mitverwaltung des Amtes Dingden auf die Dauer von 12 Jahren übertragen werden solle. Sie wählte daraufhin den Bürgermeister Josef Dörner zu Rhede einstimmig zum Bürgermeister des Amtes Dingden auf die Dauer von 12 Jahren. Die Gemeindevertretung sprach die Erwartung aus, daß der Bürgermeister den Gemeindevorsteher in den Angelegenheiten, die ihm durch das Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes neuerdings übertragen worden sind, unterstützen werde. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Herrn Bürgermeister Dörner einstimmig das Vertrauen der Gemeindevertretung ausgesprochen und es wurde anerkannt, daß sich der Herr Bürgermeister Dörner um die Verwaltung des Amtes Dingden große Verdienste erworben hat.

2. **Feuerwehrangelegenheiten.** Die freiwillige Feuerwehr hat seinerzeit bei der Feuersozietät ein Darlehn für die Beschaffung von Montierungsstücken beantragt. Die Sozietät teilt mit, daß sie ein Darlehn von 700 R.-Mk. zu 4 Prozent für die Dauer von 5 Jahren gewährt, wenn die Gemeinde die Bürgschaft übernimmt. Die Vertretung beschließt, die Bürgschaft zu übernehmen unter der Bedingung, daß ihr das Recht eingeräumt werde, die Beträge von der Feuerwehr einzuziehen.

3. **Ausführung der Wegearbeiten.** Es liegt ein Antrag auf Anstellung eines weiteren Wegearbeiters für die Gemeindewege vor. Der Punkt wird in geheimer Sitzung beraten.

4. **Verschiedenes.** a) Antrag Loskamp, Lankern auf Ueberlassung von einigen Waggon Asche zur Ausbesserung des Weges Ridder — Bruns. Die Baukommission wird beauftragt, den Weg zu besichtigen, um das nötige zu veranlassen. — b) Antrag Hüning auf Herabsetzung der Pacht eines Grundstückes auf dem Dorfbruche. In Anbetracht, daß die Pachtstelle niedriger liegt, wird eine Ermäßigung von 2 Pfg. pro Rute für zwei Jahre bewilligt. — c) Festsetzung der Pacht des Grundstückes am Steigerturm. Es wird ein Pachtpreis von 14 Pfg. pro Rute festgesetzt. — d) Dankschreiben des Herrn Merkel. Herr Merkel dankt für die anläßlich seines 25jährigen Lehrer-Jubiläums bewiesene Aufmerksamkeit. — e) Darauf folgt zwecks Besprechung einer Steuerangelegenheit eine geheime Sitzung. Schluß 6 Uhr.

Rückblick auf die Verbandsgeflügel-Ausstellung.

Von Franz Isfort.

Die Sache ist gelungen. Diesen Eindruck hatten nicht allein die fremden Herren, die zur Eröffnung der Ausstellung hierher gekommen waren — der Vertreter des Landrats, des Provinzial- und Kreisverbandes, der Vertreter der Stadt Bocholt, sondern auch die geladenen Gäste und die anwesenden Interessenten. Das Gesamtbild präsentierte sich in sauberer Aufmachung und geschicktem Aufbau der Stände. Vorn am Eingang hatten die Muskatorwerke Düsseldorf (Vertreter: Th. Quartier, Bocholt), die auch die Fütterung der Tiere für die Dauer der Ausstellung gratis übernommen hatten, ihren Stand aufgebaut. In übersichtlicher Anordnung präsentierten sich sämtliche, für die rationelle Geflügelzucht in Frage kommenden Futtermittel und beiliegende Prospekte erläuterten die nach den Erfahrungen der größeren Leistungs-Züchtereien zweckmäßig zu erfolgenden Mischungen der einzelnen Produkte. Die Muskatorwerke, wohl eines der größten Werke dieser Art in Deutschland, erhielten für ihre Futterartikel auf der „Gesolei" die goldene Medaille. Rationelle Fütterung, darauf kommt es an. Hierdurch allein kann aus dem Tier herausgeholt werden, was es seiner Rasse und Art entsprechend zu geben vermag. In gleich übersichtlicher Weise veranschaulichten diese Produkte die Opa-Werke Rhede-Krechting, welche ihren Stand im Nebensaal errichtet hatten. Diese Werke unterhalten in Krechting eine erfolgreiche Versuchsstation für weiße Leghorn in zweckmäßigen, leicht zu zerlegenden und transportablen Ställen mit vorgesehener Belichtung zur Winterszeit. Ein solcher, mit Leghorn besetzter, zur Besichtigung aufgestellter Stall, fand viel Beachtung und allgemeine Anerkennung. Herr Schmitz, Leiter dieser Abteilung, der in zehnjähriger Betätigung in amerikanischen Farmen die erforderlichen praktischen Erfahrungen gesammelt hat, gab zu allem die nötige Aufklärung. Die ebenfalls zum Verkauf gestellten Trinkgefäße und Futtertröge müssen ohne weiteres als zweckmäßig anerkannt werden, besonders als bei letzteren durch eine herübergeführte Rolle das Aufsitzen der Tiere und dadurch eine Beschmutzung des Futters ausgeschlossen ist. Der praktische Geflügelzüchter muß auch die kleinsten Winke beobachten. Ein dritter Stand mit Geflügelfutter aller Art hatte Herr Heinrich Gebbing in der oberen linken Ecke des Hauptsaales aufgebaut, der ebenfalls die verdiente Aufmerksamkeit fand. Die von der Firma Gebbing vertretenen Ragut-Werke sind so bekannt, daß es sich wohl erübrigt, hierüber Worte zu verlieren. Weniger bekannt ist vielleicht die von Herrn Gebbing ebenfalls vertretene Futterfabrik Koudijs in Cleve und Barneveld Holland. Die Fabrikate dieses Werks gehen oder bleiben vorzugsweise in Holland.

Bei einem unter Kontrolle stehenden Wettlegen hat eine Leghorn-Henne, ausschließlich mit Erzeugnissen dieser Fabrik gefüttert, mit 313 Eiern im Jahr das Championat von Europa erlangt und eine Barneveldер Henne hat es bei gleicher Fütterung auf 289 Eier gebracht, während die Durchschnittsleistung des Stammes 235 Eier pro Henne betrug. Die Bühne des Saales verlieh durch geschickte Aufstellung der zahlreichen Ehrenpreise dem Gesamtbild einen wirkungsvollen Abschluß. In der oberen rechten Saalecke hatte Herr Hans Hulvershorn einen von Laienhand nach eigenem Entwurf erbauten Stall mit Auslauf aufgestellt. Ohne Zweifel findet diese allgemein anerkannte Einrichtung in Züchterkreisen Nachahmung. Herr Hulvershorn, der schon langjähriges eifriges Mitglied des Vereins ist, trägt in besonderer Weise dadurch zur Hebung der Geflügelzucht bei, als er mit seinem recht umfangreichen Bestand die Leistungszucht eingeführt hat. Die Firma Joh. Westermann, Soest zeigte eine künstliche Glucke, die die Aufzucht einer größeren Anzahl Küken ermöglicht. Sie möchte für mehrere hundert Küken genügen, für kleineren Betrieb genügt eine Glucke erheblich kleineren Umfanges.

Was nun die ausgestellten Tiere anbetrifft, darf man sagen, daß der Verein den richtigen Weg geht. Das ausgestellte Material war durchweg von so ausgeglichener Form, daß es den Preisrichtern schwer gefallen sein mag, in allen Fällen zu einem gerechten Urteil zu kommen. Das Urteil kann aber nicht so gedeutet werden, daß die hier mit den höchsten Auszeichnungen bedachten Tiere nun auch auf größeren Ausstellungen den Vergleich aushalten müßten. Es muß berücksichtigt werden, daß bei der Prämierung im allgemeinen der Grundsatz festgehalten wird: von dem Vorhandenen das Beste.

„Je ausgeglichener das Material, desto schwieriger die Wahl." Aus diesem Grunde zog sich wohl auch die endgültige Feststellung sehr lange hin, so daß erst gegen Abend die verlieheren Preise bekanntgegeben werden konnten. Die Ausstellung erfreute sich eines recht lebhaften Besuches auch von Holland.

Mögen die allseitig gezollten Anerkennungen von dem Verein zunächst als Abschlagszahlung entgegengenommen werden; ob ein finanzieller Ausgleich herauskommt, ist noch nicht zu übersehen. Die Kosten sind groß, garnicht zu reden von der Mühe und Arbeit, die in uneigennütziger Weise zu leisten war und noch zu leisten sein wird.

Jedenfalls kann der Verein die Anerkennung in Anspruch nehmen, daß sein Streben dahin zielt, um was es gilt — die Loslösung vom Auslande zum Segen unserer Landwirtschaft, zum Wohle unseres Vaterlandes.

Verantwortlich für den Inhalt: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Dom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster und Alfons van Beveren, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Fischer und Dr. Härner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jul. Sibors, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen anzeigenteil Jos. Nemmes, Bocholt.


Selbstrasierer!
Vor dem Einseifen die Haut gründlich mit
NIVEA-CREME
einreiben! Erfolg: Schmerzloses Rasieren, blendendes Schneiden des Messers, keine Reizung der Haut. Preise: M 0.50 – 1.20

Deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Recklinghausen (Christl. Gewerkschaften und kath. Arbeitervereine.

Am Mittwoch den 18. ds. Mts., abends 8½ Uhr findet im kath. Saale des Arbeiterverein Et. Paulus unser dritter

Unterrichtsabend

statt.

Thema: „Gesetz über Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung"

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Grundstück-Verkauf!

Am Montag, den 23. Jan. nachmittags 4 Uhr läßt Herr Josef Wessing in Ringenberg in seiner Wirtschaft seine am Seegraben liegende

Weideparzelle

groß 1000 Ruten, öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Die Parzelle eignet sich zur Anlegung einer Kat stelle.

Glücker, Hamminkeln.

Guterhaltener

Kinder- und Sportwagen

(Marke Brennabor) zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Guterhaltener

Backofen

(Königswinter) zu verkaufen.

Wilh. Hengstermann, Dingden. Tel. Nr. 22.

Nochmehr

und immer noch mehr Waren bringe ich in meinen Inventur-Ausverkauf.

Jetzt wird reiner Tisch gemacht!

Eine Unmenge **Restbestände**

Strickwaren, Trikotagen, Schürzen, Leibwäsche, Tischwäsche, Frottierwäsche, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Gardinen, Handarbeiten, zum Teil leicht angestaubt, mit

33⅓ % Rabatt.

Fortsetzung der Konfektions-Räumung zu unglaublich niedrigen Preisen.

ein Posten **Handarbeiten** zur Hälfte der früheren Preise

Restposten **Läuferstoffe** darunter Bouclé Velour etc. teilweise zur Hälfte des Preises

Herren-Oberhemd (Zefir) jetzt Mk. **2,50 3,50 4,50**

Posten **Kaffeedecken** jetzt Mk. **1.30 2 00 2,50**

Posten **Selbstbinder** jetzt Mk. **0,25 0,75 1,50**

Posten **Damen-Schürzen** jetzt Mk. **0,95 1,50 2,50**

Samstag, 21. Jan.: **Letzter Tag!**

S. B. Löwenstein



Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, Sonntag morgen 10 ½ Uhr unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die wohlachtbare

Witwe Johann Hultink

Elisabeth geb. Nohling

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Sie starb nach kurzer, schwerer Krankheit, vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten im Alter von 58 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

In tiefer Trauer

Rosina Eselwiese geb. Hultink
Joseph Hultink u. Frau Johanna geb. Robert
Hans Hultink u. Frau Else geb. Nienhaus
Maria Fierl geb. Hultink
Ida Hultink
Elisabeth Hultink
Heinz Hultink
Anna Eselwiese
Max Fierl und 10 Enkelkinder.

Bocholt, Duisburg, Barlo, Winterswijk, Ohio (Nordamerika), Essen, den 17. Januar 1928.

Das hl. Seelenamt findet statt am Mittwoch morgen 8¼ Uhr in der St. Josefskirche, danach die Beerdigung vom Trauerhause (Karolingerstr. 11) aus, wozu freundl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so wird gebeten, diese als solche betrachten zu wollen.

Eine

3-Zimmer-Wohnung

in besserem Hause (abgeschl. Etage) mit Heizung, Keller und Benutzung der Waschküche, an ruhige Mieter zu vermieten.

Zu erfahren bei B. Balk, Architekt, Langenbergstr. 2a.

Gut möbliertes

Wohn- und Schlafzimmer

in schöner, ruhiger Lage zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein Brautpaar sucht

2-3-Zimmer-Wohnung

gegen gute Miete.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Junger Handwerker sucht

3-Zimmer-Wohnung

Gefällige Angebote unter C. 423 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Teppiche - Läufer ohne Anz in 10 Monatsraten lief. Teppichhaus Agay & Gitter, Frankfurt a. M. 1515. Schreiben Sie sofort.

Bekanntmachung.

Mit dem Ausbau der Gothenstraße soll in den nächsten Tagen begonnen werden. Es wird alsdann diese Straße für Fahrzeuge aller Art gesperrt. Auch der Fußgängerverkehr kann nur in beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden. Die Sperrung wird durch aufgestellte Schilder kenntlich gemacht.

Bocholt, den 12. Januar 1928.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Der Hemdener Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. u. H. zu Hemden, vertreten durch Rechtsanwalt Sarrazin zu Bocholt, hat das Aufgebot der verloren gegangenen Hypothekenbriefe über die für den Antragsteller im Grundbuch von Lidern, Bd. 79, Bl. 12, in Abteilung III unter Nr. 2, 3 und 5 eingetragenen Darlehnshypotheken von 300 Mk., 1000 Mk. und 1500 Mk. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 1. Mai 1928, vormittags 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Bocholt, den 9. Januar 1928.

Preuß. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Ein Fahrrad gefunden.

Isselburg, den 9. Januar 1918

Die Polizeiverwaltung:
Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Diejenigen Arbeitnehmer, die in Bocholt, Emmerich und Rees beschäftigt sind, wollen ihren Namen unter Angabe der Arbeitsstelle auf dem Bürgermeisteramt angeben. Es genügt wenn die Angabe durch die Angehörigen der Arbeitnehmer erfolgt.

Isselburg, den 12. Januar 1928.

Der Bürgermeister: Schönschecke.

Ein fast neues

Schlafzimmer

bestehend aus dreitürigem Kleiderschrank, 1 bezw. 2 zweischläfrig. Betten, Waschkommode und Nachtschränkchen wegen Fortzug zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Am 31. Januar 1928, vormittags 10.30 Uhr findet an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 6 die Zwangsversteigerung des Grundbesitzes der Witwe Händlers Theodor Landers, Elisabeth geb. Triptrap zu Dingen, statt.

Bocholt, den 8. Januar 1928.

Preuß. Amtsgericht.

Gegen bequeme Teilzahlung liefere ich Ihnen

Radio-Apparate

in allen Preislagen.

Unverbindliche Vorführung.

Optiker Winkler

Neustr. 18.

R.-V. „All Heil" 1893 e. V.

Donnerstag, den 19. Januar, abends 8½ Uhr

im Vereinslokal Nienhaus:

Jahres-Hauptversammlung

TAGESORDNUNG:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Vorstandswahl.
4. Festsetzung des Beitrages.
5. Kostümfest betr.
6. Mitteilungen.

DER VORSTAND.

Bin zu den Krankenkassen zugelassen.

Sprechstunden: 10—11 und 3—5 Uhr.

Dr. Paschert,

Spezialarzt für Kinder- u. Säuglingskrankheiten

Bahnhofstr. 3.

Einfamilienhaus

mit wenigstens 6 Wohnräumen, bei größerer Anzahlung, zu kaufen gesucht. Tauschwohnung mit Friedensmiete kann gestellt werden.

Gefl. Zuschriften unter „Einfamilienhaus" an die Geschäftsstelle ds Bl. erbeten. Diskretion wird zugesichert.

Wir suchen einen

Lagerraum oder Lagerplatz

zu mieten, am liebsten Neutor oder Ostertor.

Offerten unter C. 430 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.





Halloh! Halloh!

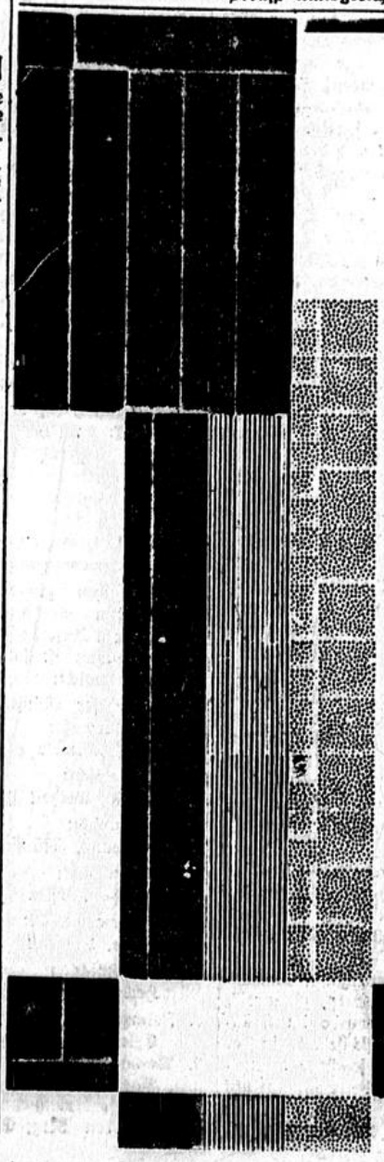
Wir sind wieder da!

Am Mittwoch morgen ab ½9 Uhr, verkaufen wir zu den bekannten alleräußersten Preisen

100—120 Oldenburger Schweine

bei Overbeck am Güterbahnhof Bocholt.

Friedr. Buers und Dietr. Kroezemann.



3 TAGE

Dienstag, den 17. Januar
Mittwoch, den 18. Januar
Donnerstag, den 19. Januar

RESTBESTÄNDE DER BESTEN TEPPICHSTOFFE AUSLEGEWARE — LÄUFER BETTUMRANDUNGEN

RESTBESTÄNDE DER BESTEN GARDINENSTOFFE MADRAS-VOILES MULL — ENGL. TULL

RESTBESTÄNDE DER BESTEN DEKORATIONSSTOFFE KUNSTSEIDE, einfarb. u. gestr. RIPSE, PLUSCHE, CRETONNES

AUSSERGEWÖHNLICHES IM INVENTUR-VERKAUF

VERKAUF NUR GEGEN BAR

ZAUDY WESEL